

Vorhaben „Forensische Klinik Wuppertal“

Bürgerbeteiligung

In Nordrhein-Westfalen werden dringend zusätzliche forensische Kliniken benötigt, um Therapieplätze und eine sichere Unterbringung für psychisch kranke und suchtkranke Menschen anzubieten, die aufgrund ihrer Erkrankung eine Straftat im Zustand der Schuldunfähigkeit oder verminderten Schuldfähigkeit begangen haben.

Das Land NRW ist auf Grundlage des Maßregelvollzugsgesetzes für die Bereitstellung von forensischen Behandlungsplätzen und damit für den Bau neuer forensischer Einrichtungen zuständig. Die Zahl der Maßregelvollzugspatienten hat sich nach Angaben des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren um zwei Drittel erhöht und bis zum Jahr 2020 ist mit einem zusätzlichen Bedarf von fünf neuen Kliniken des Maßregelvollzugs in NRW mit insgesamt rund 750 Plätzen auszugehen. Daher plant das Land auch im Landgerichtsbezirk Wuppertal die Errichtung einer Maßregelvollzugsklinik.

Die Stadt Wuppertal teilt die Überzeugung, dass Klinikneubauten dringend notwendig sind und der Sicherheit der Bevölkerung dienen. Wir erkennen die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mögliche Therapieplätze anzubieten, ausdrücklich an. Der beste Schutz vor kranken Straftätern ist nämlich die Therapie. Dabei ist der Stadt Wuppertal bewusst, dass mit der Einrichtung einer Forensischen Klinik in Teilen der Bevölkerung auch Vorbehalte, Sorgen und Ängste verbunden sind. Im Wissen darum wird die Stadt Wuppertal die Bedenken ernstnehmen, im konstruktiven Dialog und mit größtmöglicher Transparenz damit umgehen sowie an der Lösung der Standortfrage konstruktiv mitwirken.

Für einen möglichen Standort wird seit 2011 ein geeignetes Grundstück gesucht. Im Rahmen eines Prüfungs- und Auswahlprozesses des Landes unter Einbeziehung von 32 Grundstücken im Landgerichtsbezirk Wuppertal fiel die Präferenz auf das im Eigentum des Landes stehende Grundstück der Bereitschaftspolizei an der Müngstener Straße in Wuppertal (Standort Lichtscheid). Aus Sicht des Landes ist das bislang der am besten geeignete Standort für die Forensische Klinik. Dieses Grundstück ist jedoch aus Sicht der Stadt Wuppertal für die Errichtung einer Forensischen Klinik völlig ungeeignet. Es liegt in einem Bezirk, der seit langer Zeit durch attraktive Wohnbebauung in hervorragender Lage geprägt ist und sich in den vergangenen Jahren äußerst positiv weiterentwickelt hat. Nach Auszug der Bereitschaftspolizei ab 2020 beabsichtigt die Stadt Wuppertal hier die Entwicklung eines hochattraktiven Wohngebietes mit hohem städtebaulichen Potenzial, das sich optimal in das bereits bestehende Umfeld einfügt. Die Ansiedlung der Forensischen Klinik dort konterkariert diese Planung und wird daher aus Stadtentwicklungsgründen vom Rat der Stadt abgelehnt.

In konstruktiven Gesprächen mit dem Ministerium wird nun alternativ ein Teil des geplanten Gewerbegebietes „Kleine Höhe“ als möglicher Standort von Seiten der Stadt vorgeschlagen. Nach Prüfung der Rahmenbedingungen ist der Standort Kleine Höhe aus Sicht des Landes grundsätzlich für die Errichtung und den Betrieb einer Maßregelvollzugsklinik ebenfalls geeignet. Mit der zuständigen Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens ist eine Verständigung darüber erfolgt, dass die Stadt Wuppertal unverzüglich die Einleitung eines Bauungsplanverfahrens mit dem ausdrücklichen Ziel der Errichtung einer Maßregelvollzugsklinik mit 150 Plätzen auf einem Teilbereich der Kleinen Höhe - ca. 10 ha, davon 5 ha für die

erforderlichen Gebäude der Klinik und die Freianlagen - den zuständigen Ratsgremien vorgeschlagen wird. Mit Abschluss des Bebauungsplanverfahrens – Ziel ist es, 2017 den Satzungsbeschluss herbeizuführen – kann das Land dann nicht mehr auf das bisher aus seiner Sicht geeignetste Grundstück an der Müngstener Straße zugreifen.

Die Bürgerinnen und Bürger werden über einen umfassenden Dialog- und Beteiligungsprozess eingebunden: vor, während und nach der Phase des Bebauungsplanverfahrens (Ende 2017) sowie – im Falle eines positiven Ergebnisses des Bebauungsplanverfahrens – der Vorbereitung und Durchführung der Vergabe (2018) bis hin zur Baudurchführung und Fertigstellung (Ende 2020).

Bürgerbeteiligung, Information und Dialog

Die Stadt Wuppertal setzt auf eine frühzeitige, umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch **Information** und **Dialog**. Über die gesetzlich geregelte Beteiligung hinaus sind alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, sich an der Umsetzung des Vorhabens „Forensische Klinik Wuppertal“ engagiert zu beteiligen und ihre Vorstellungen in den Planungsprozess einzubringen. Die Stadt Wuppertal verspricht **Transparenz** und eine **Beteiligung** aller interessierten Bürgerinnen und Bürger an diesem gesamtstädtischen Projekt. Aus diesem Grund werden informative und dialogorientierte Beteiligungsformate angeboten.

- **Bürgerversammlung** (11. Februar 2016): Gemeinsame Veranstaltung der Stadt Wuppertal in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium des Landes NRW. Ziele sind eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger sowie eine Diskussion zum Thema „Maßregelvollzug“ mit Experten und Entscheidungsträgern.
- **Dialogwerkstatt / Runde Tische** (ab Frühjahr 2016): Mit diesem Beteiligungsformat werden den Bürgerinnen und Bürgern **Gesprächsmöglichkeiten** mit Entscheidungsträgern und Experten geboten. Das Format startet im Frühjahr 2016 und wird in regelmäßigen Abständen stattfinden. Es wird ein breites Spektrum öffentlicher Meinungsträger, Institutionen und Verbände abgedeckt. Insbesondere die **Vertreter der Bürgerinitiativen** und **Interessengruppen** werden hierzu eingeladen. Verlauf und Ergebnisse des Dialogprozesses werden **transparent** gemacht werden.

Das Format ist ein informeller Vorläufer des so genannten Planungsbeirates (analog § 4 MRVG NRW). Dieser begleitet die Planungs- und Aufbauphase der Forensischen Klinik als unabhängiges Beratungsgremium und wird nach Abschluss des Bebauungsplanverfahrens durch das Land eingerichtet.

- **Gruppenfahrten zu bestehenden Forensischen Kliniken** (ab Frühjahr 2016): Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) lädt alle Interessierten zu einer Besichtigung bestehender Forensischer Kliniken ein, um sich einen **Eindruck** von der Einrichtung und ihren Aufgaben **verschaffen** zu können. Dort bietet sich die Möglichkeit, mit ärztlichen und therapeutischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern **ins Gespräch zu kommen** und Fragen rund um den Maßregelvollzug stellen.

- **Regelmäßige Treffen** des Oberbürgermeisters mit den Bürgerinitiativen und Interessenvertretungen.
- **Regelmäßige Erstellung von Informationsbroschüren / Flyern** zu aktuellen Entwicklungen und thematischen Schwerpunkten zur Forensik als Ergänzung der Informationen im Internet.
- **Forensik-Website** (seit 05. Februar 2016): Alle wesentlichen Veröffentlichungen rund um das Vorhaben sowie Informationen zum Dialog – und Beteiligungsprozess werden im Internet zur Verfügung gestellt. Dadurch wird das Verfahren transparent und nachvollziehbar.
- **Forensik-Hotline** (ab Frühjahr 2016): Aktuelle Anfragen, Anliegen und Beschwerden zum Vorhaben können der Verwaltung über das Service-Center mitgeteilt werden.
- **Zentraler Ansprechpartner** in der Stadtverwaltung zu allen Fragen rund um das Thema Forensik („Forensik-Beauftragter“).
- **Forensik-Newsletter (E-Mail)** (ab Frühjahr 2016): Die Stadt Wuppertal möchte den Bürgerinnen und Bürgern umfassende Informationen zum Vorhaben insgesamt, zum Planungsverfahren und weiteren Beteiligungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Der Forensik-Newsletter wird im Frühjahr 2016 starten und als zusätzlicher Informationskanal für alle Interessierten eingerichtet.

Neben den beschriebenen Formaten findet eine förmliche Beteiligung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens statt.